

Auf Messers Schneide

Straflosigkeit und Isolation wirken destabilisierend

Der gewalttätige Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik ist alles andere als beigelegt. Trotzdem verlassen die Truppen der Europäischen Union und Frankreichs das Land. Wahlen sollen es nun richten. Welche Hindernisse stehen dem Friedensprozess entgegen?

von **Ruben Eberlein**

► Auftrag ausgeführt! So lautete der Tenor Mitte März, als die Europäische Union ihre EUFOR-RCA-Truppen mit 750 SoldatInnen und PolizistInnen aus der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) abzog. Der Leiter der Mission, General Philippe Ponties, zeigte sich gegenüber der Deutschen Welle zufrieden mit dem Ergebnis. »Wir verlassen mit Bangui eine Stadt, in der der Frieden wieder hergestellt wurde und der politische Prozess nun im Gange ist. Die Menschen verlassen die Flüchtlingslager und die intern Vertriebenen kehren in ihre Häuser zurück«, so Ponties.

Nicht alle EinwohnerInnen des Landes sind derselben Meinung. Viele von ihnen wünschen sich – so vermitteln es die wenigen Medienberichte aus der Region –, dass die EU-Truppe noch bleibt. Die Sicherheitslage in der Hauptstadt Bangui ist weiterhin prekär, marodierende Banden durchstreifen manche Viertel, und die zentralafrikanische Polizei ist für die Bekämpfung der Banden schlecht ausgerüstet. »Sie haben keine Waffen. Womit sollten sie sich oder die Bevölkerung Banguis beschützen?«, zitiert die Deutsche Welle einen Zentralafrikaner im ghanaischen Exil. »Der Konflikt ist alles andere als vorbei.«

Für einen kurzen Augenblick stand die Tragödie in der ZAR auch im Mittelpunkt der internationalen Berichterstattung. Das war 2013/14, als christliche Milizen gegen die muslimische Minderheit vorgingen, Tausende Menschen ihr Leben verloren und sich über eine Million der 4,5 Millionen EinwohnerInnen auf der Flucht befanden. Sie nahmen Rache an Unschuldigen, die der Sympathie mit den überwiegend muslimischen Seleka-Rebellen verdächtigt wurden, welche im März 2013 die Macht in der Hauptstadt übernommen hatten. Doch das Medieninteresse im Westen ließ schnell nach. Der Konflikt in der ZAR ist kompliziert und immer verbunden mit einer langen Geschichte der Diktatur und des sozialen Elends, die sich nicht in drei Minuten erzählen lässt.

Anhaltende Gewalt trotz Friedensmission

► Die gegenwärtige Situation, so Steven Cockburn, stellvertretender Leiter für West- und Zentralafrika bei Amnesty International, sei unbeständig. Es herrsche weiterhin Gewalt in erheblichen Teilen des Landes, und Hunderttausende Menschen befänden sich nach wie vor auf der Flucht. »Die Truppen der Vereinten Nationen haben es geschafft, dafür zu sorgen, dass die Gewalt nicht in noch größerem Ausmaß eskaliert. Doch mit ihrer niedrigen Truppenstärke waren sie nicht in der Lage, die Communities adäquat zu schützen. Über 5.000 Menschen verloren im Jahr 2014 ihr Leben«, so Cockburn.

Ihren Ausgang nahm die gegenwärtige Krise in der ZAR, als Ende 2012 Seleka-Rebellen den Norden des Landes überrannten und schließlich im März 2013 die Macht in der Hauptstadt Bangui übernahmen. Genau zehn Jahre dauerte bis dahin die Amtszeit von François Bozizé, der sich selbst mit Hilfe einer Rebellentruppe im März 2003 an die Macht geputscht hatte. Rebellenführer Djotodia setzte nun die Verfassung außer Kraft und löste das Parlament auf. Im August 2013 ließ sich Djotodia als Präsident vereidigen.

Doch seine Amtszeit währte nur bis zum Januar 2014. Inzwischen hatten die sich bekämpfenden Milizen – also die Seleka und die meist aus Christen bestehenden Anti-Balaka – Tausende Zivilisten getötet, und Djotodia wurde vorgeworfen, seine Seleka-Milizen nicht mehr kontrollieren zu können. Daraufhin trat er auch aufgrund massiven innen- und außenpolitischen Druckes zurück, und Catherine Samba-Panza, die Geschäftsfrau, Anwältin und ehemalige Bürgermeisterin von Bangui, übernahm sein Amt.

Inzwischen befinden sich SoldatInnen dreier internationaler Truppen im Land. 2.000 französische Militärs, die zum größten Teil bis Ende des Jahres abgezogen werden sollen, sichern den Flughafen und die Hauptstadt Bangui. Im April 2014 autorisierten die Vereinten Nationen eine Friedensmission mit maximal 12.000 SoldatInnen, die ihre vollständige Stärke jedoch bislang nicht erreichte. Im März dieses Jahres wurde die maximale Stärke der Minusco genannten Mission auf 13.000 SoldatInnen aufgestockt. Schließlich intervenierte die EU mit ihrer EUFOR-RDC-Truppe, die Ende März 2015 ihren Rückzug abschloss.

Der Menschenrechtler Cockburn bewertet die Erfolge der internationalen Interventionen ambivalent. Er kritisiert, dass die UN-Truppe nach wie vor ihr Mandat nicht im vollen Umfang ausschöpft. Doch habe sie vermutlich eine stärkere Eskalation der Gewalt verhindert. Gefragt sei nun eine langfristige Strategie gegenüber dem Land. »Die Welt reagierte, als die Zentralafrikanische Republik im Zentrum der Aufmerksamkeit der Medien stand, und sie muss dieses Engagement fortsetzen, vor allem wenn sich die Medien anderen Themen zuwenden. Es ist nicht nur Nothilfe gefragt, sondern eine Investition über eine längere Zeit, um die Institutionen und Dienste des Staates aufzubauen und somit eine langfristige Stabilität zu sichern«, so Cockburn.

Ein Konflikt mit vielen Ursachen ...

► Immer noch zirkulieren in der ZAR zahlreiche Waffen. Das Land befindet sich inmitten verschiedener Konflikte, die in seinen Nachbarstaaten wie dem Südsudan, der DR Kongo und dem Tschad ausgetragen werden. Die Grenzen zwischen den Staaten existieren indes oft nur auf dem Papier. Die Demobilisierung von KämpferInnen wurde in den vergangenen Monaten nicht umgesetzt, und auch die Anführer der Milizen, die für Verbrechen verantwortlich sind, sind auf freiem Fuß.

Weite Gebiete des Nordens werden nach wie vor von Seleka-Rebellen gehalten. Vieles dreht sich um die Kontrolle von Bergbaugeschäften. Die ZAR ist reich an Diamanten, Gold und Uran, doch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt von der Subsidi-



Straßen-theater für Vertriebene über Landrechte in Sibut (November 2014)

Foto: V. Tremeau / ECHO

tenzlandwirtschaft oder der Viehhaltung. Seit Jahrzehnten wurde unter den verschiedenen Regierungen nichts in den Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft investiert, geschweige denn einer einheimischen Industrie. Die Menschen – vor allem die Mehrheit, die außerhalb von Bangui lebt – wurde und wird sich selbst und den Warlords überlassen.

Politisch ist das Land seit Jahrzehnten das, was man sich gemeinhin unter einem gescheiterten Staat vorstellt. Die Regierungsgewalt ist bestenfalls auf Bangui beschränkt, und in die regelmäßig aufflammenden Konflikte zwischen Sesshaften und umherziehenden Viehhaltern, wie sie der Bericht der International Crisis Group (ICG) »The Central African's Hidden Conflict« vom Dezember 2014 beschreibt, wird nicht interveniert. Auch zu ruhigeren Zeiten kosten sie Hunderte Menschenleben. Staatliche Dienstleistungen gibt es in der ZAR praktisch nicht. Die Oligarchie an der Macht widmet sich überwiegend der Aneignung der spärlichen finanziellen Mittel aus der Entwicklungshilfe, dem Diamantengeschäft und dem Holzhandel.

Für die so genannte internationale Gemeinschaft ist die ZAR von keinem signifikanten Interesse. Die vorherrschende Meinung besagt, dass mit der Abhaltung der für dieses Jahr geplanten Wahlen der Konflikt beigelegt werden könne. Das bezweifelt Thierry Vircoulon, Projektdirektor für Zentralafrika bei der ICG im Gespräch mit dem Autor: »Wahlen abzuhalten ohne eine Administration in den Provinzen, ohne nationale Sicherheitsbehörden und ohne Geld in der Staatskasse ist nicht sehr verantwortlich. Keine der politischen, administrativen und sicherheitsrelevanten Konditionen, die eine normale Wahl braucht, ist geschaffen worden.« Die Wahlen sollten, so Vircoulon weiter, erst nach dem Beginn der Demobilisierung und Reintegration, dem Beginn eines Versöhnungsprozesses und der Normalisierung der Sicherheitsituation im Lande abgehalten werden. Doch: »Wir sind davon noch weit entfernt.«

Die geplanten Wahlen haben durchaus das Potential, die jetzt bereits fragile Lage in der ZAR weiter zu destabilisieren. Neben zivilen BewerberInnen werden auch ehemalige oder derzeitige Warlords ein Mandat suchen. Weit und breit ist keine Bewegung in Sicht, die die dringendsten Probleme des Landes – die Straflosigkeit für Kriegsverbrecher, die weite Verbreitung von Waffen und die desaströse Lage der Bevölkerung – angehen könnte. Immerhin engagieren sich Menschenrechtsgruppen in der ZAR für eine Verfolgung von Kriegsverbrechen.

... und wenig internationalem Interesse

► Gemeinsam mit der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch forderten 18 von ihnen die Schaffung eines speziellen Strafgerichtshofes, vor dem seit Januar 2012 begangene Straftaten verhandelt werden sollen. Der Vorstellung dieser Organisationen zufolge sollte sich der Gerichtshof aus 14 nationalen und 13 internationalen RichterInnen zusammensetzen. Die Etablierung des Gerichtes, so die Unterzeichnenden des entsprechenden Appells, würde »ein Meilenstein bei der Bekämpfung der Straflosigkeit in der Zentralafrikanischen Republik sein. Straflosigkeit trug ihren Teil zu den Konflikten bei, die das Land in den vergangenen zwanzig Jahren verwüstet haben«.

Mit dem Abzug der französischen Truppen und den Kontingenten der EU steht die Situation in der ZAR erneut auf Messers Schneide. Ein stärkeres Engagement der Vereinten Nationen und auch der Afrikanischen Union sind jetzt gefragt, um durch die Entwaffnung der Milizen und die Verurteilung von Kriegsverbrechern wenigstens die Chance auf einen halbwegs zivilen Weg jenseits von Gewalt und Vertreibung zu eröffnen.

Doch ob es das Land zurück auf die Agenda der internationalen Organisationen schafft, ist fraglich. Das zeigt sich auch an dem

einsetzenden Desinteresse der internationalen Geber am Land und seinen humanitären Bedürfnissen. Von den zugesagten 614 Millionen US-Dollar an internationaler Nothilfe sind nach Angaben der Vereinten Nationen bisher nur elf Prozent eingegangen.

Zudem ist es keineswegs so, dass die UN-Truppe Minusca lediglich als distanzierter und fairer Friedensstifter auftritt. Soll sie effektiv sein, hat das zur Folge, dass sie in den Konflikten der ZAR eindeutig Stellung beziehen muss und als Konsequenz tief in die Auseinandersetzungen im Land involviert wird. Das zeigte ein Ereignis in der zweiten Aprilwoche dieses Jahres. Hunderte zum Teil bewaffnete Zentralafrikaner griffen die Basis der UN 350 Kilometer nördlich von Bangui an, warfen Steine und setzten den Eingang des Militärlagers in Brand, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Grund für den Riot: Die UN-Truppe sehe den Überfällen durch die Viehhirten der Peuhl in dem Gebiet tatenlos zu. Ein Mensch kam bei den Ausschreitungen zu Tode, sieben weitere wurden bei der Abwehr des Angriffes verletzt.

Seit einigen Wochen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen meist muslimischen Viehhaltern und Bauern. Besonders in der Zentralregion der ZAR, das den von Rebellen kontrollierten Norden vom Süden trennt, sind – trotz der Anwesenheit der UN-Truppen – Kämpfe zwischen christlichen und muslimischen Milizen an der Tagesordnung. Nahe der Stadt Kaga-Bandoro, dem Schauplatz der Riots gegen die UN, kamen in den letzten Wochen Dutzende Menschen in Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen ums Leben.

Dass die Wahlen wie geplant im Juli dieses Jahres stattfinden werden, ist derzeit höchst fraglich. Sie wären – ganz abgesehen vom Ergebnis – nicht mehr als ein Feigenblatt für ein Land, in dem eine effektive Verwaltung und unabhängige staatliche Institutionen nie existiert haben. Der Aufbau solcher Strukturen müsste nicht von oben beginnen, sondern auf der lokalen Ebene ihren Ausgang nehmen – am dringlichsten in der Einrichtung von Mechanismen der Konfliktbeilegung zwischen Bauern und Viehhirten.

Das wäre ein Projekt nicht über Jahre, sondern Jahrzehnte. Einen Anfang machen die gerade stattfindenden öffentlichen Konsul-

tationen in allen 16 Präfekturen, in denen die Menschen ihre schrecklichen Erlebnisse rekapitulieren und Erwartungen an die AmtsinhaberInnen in der Hauptstadt formulieren können. Die lokalen Versammlungen, die auch in den Nachbarländern unter den Geflüchteten stattfinden, sollen der Vorbereitung auf das Forum zur nationalen Versöhnung dienen, das zwischen dem 27. April und 4. Mai in Bangui stattfindet.

Sind Interventionen das Problem?

► Der Konflikt in der ZAR ist also alles andere als gelöst. Und wieder einmal stellt sich – wie in der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan oder der Côte d'Ivoire – die Frage, welche Legitimation internationale Akteure haben, in afrikanischen Kriegen einzugreifen. Zunächst muss konstatiert werden, dass den meisten Menschen in der ZAR, so zeigen es die Ausschreitungen gegen das UN-Quartier, nicht die Intervention der Vereinten Nationen ein Dorn im Auge ist, sondern deren Untätigkeit. Sie fordern mehr, nicht weniger Eingriffe in die Konflikte des Landes. Jede ernsthafte Analyse muss diesen Punkt zum Ausgang haben.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag machte es sich – wieder einmal – leicht bei seinem Nein zum Militäreinsatz der Europäischen Union, an dem sich auch Deutschland beteiligte. Der Konflikt in der ZAR sei ein »Krieg Frankreichs (und des Tschad)«, der nicht den Menschen diene, sondern »ihren eigenen ökonomischen Interessen. Dem Tschad geht es um Öl, Frankreich um Uran«. Fast schon reflexhaft werden ausschließlich wirtschaftliche Begehrlichkeiten vermutet. Das Allheilmittel sei die Nothilfe, zur zivilen Hilfe gebe es keine Alternative.

Die Interventionen in der ZAR waren unter den gegebenen Umständen notwendig und richtig. Wie vielen Menschen sie das Leben gerettet haben, lässt sich freilich im Nachhinein nicht genau feststellen. Den ZivilistInnen, die durch den internationalen Militäreinsatz den Todesschwadronen der Milizen entgangen sind, dürfte es herzlich egal sein, aus welchem Grund UN, die EU und Frankreich intervenieren. Mehr noch: Gerade weil Paris auch wirtschaftliche Interessen hat, kann es nicht daran interessiert sein, dass die ZAR endgültig in einen Herrschaftsbereich unterschiedlicher Warlords zerfällt. Hier treffen sich die Interessen der Bevölkerungsmehrheit mit denen der Interventionsmächte.

Doch jetzt kommt es darauf an, die UN-Truppen zu stärken und den zivilen Aufbau voranzutreiben. Die Konsultationen auf der lokalen Ebene, die derzeit stattfinden, sind ein ermutigendes Zeichen dafür, dass die Organisationen der Vereinten Nationen und der internationalen Entwicklungshilfe verstanden haben, dass die Schaffung einer halbwegs funktionierenden Verwaltung und eines Sicherheitsapparates nur dann gelingen kann, wenn sie ihren Ausgangspunkt bei den Menschen vor Ort nimmt.

Die an diesen Prozess geknüpften Erwartungen auf ein friedlicheres Gesellschaftssystem sollten jedoch nicht zu hoch gesteckt werden. Wie die Erfahrungen zum Beispiel in Sierra Leone zeigen, gelingt mit Hilfe der Geber höchstens die (Wieder-) Errichtung eines neopatrimonialen Staates, in dem neben öffentlichen Strukturen klientelistische Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten koexistieren. Eine wie auch immer geartete Demokratisierung muss auch in der ZAR ihren eigenen Weg finden.

Die für Verbrechen Verantwortlichen sind auf freiem Fuß

16

Waterkant
im 30. Jahrgang

Meeresbergbau
unnötig, teuer und riskant

FAO und Kleinfischerei
„Leitlinien“ sollen es richten

Emssanierung
Masterplan = Desasterplan

Gülle & Co.
Deutschlands
Stickstoff-Politik stinkt

Leitartikel:
Docker, Zocker und Titanen
Griechenland und der „Europäische Tag der Meere“ 2015

FRÜHJAHR 2015

Vier Ausgaben im Jahr | Erscheint seit 1986
Probehefte und Infos: www.waterkant.info

► Ruben Eberlein ist Afrikanist und Journalist.